

Drei-Länder-Vergleich

## Deutsche Bilanz durchwachsen

Österreich weist die beste Reformbilanz der vergangenen vier Jahre auf, die Schweiz zeigte in diesem Jahr den größten Modernisierungselan, Deutschland bleibt Mittelmaß. Dies sind zentrale Ergebnisse des jüngsten „D A CH-Reformbarometers“. Hierfür bewerten das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW), die Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) und Avenir Suisse, Thinktank der Schweizer Wirtschaft, die politischen Reformen in Sachen Arbeitsmarkt, soziale Sicherung sowie Steuern und Finanzen.

Das für September 2002 auf 100 normierte Reformbarometer stand für Österreich zuletzt bei 114,5 Punkten. Zu den Erfolgen zählten beispielsweise die Umwandlung des Abfindungsanspruchs bei Kündigungen in eine betriebliche Altersvorsorge, die Senkung der Körperschaftssteuer von 34 auf 25 Prozent und die Reform der Pensionsversicherung.

Die Schweiz bleibt mit 103,4 Zählern Reformschlusslicht – unter anderem aufgrund der nicht immer zielgerichteten Sozialpolitik. Positiv bemerkbar machte sich dagegen zuletzt der geplante Abbau der steuerlichen Schlechterstellung von Doppelverdiener-Ehepaaren.

Deutschland erreichte im Vergleich der Alpenanrainer im September 2006 mittelmäßige 109,2 Reformpunkte. Zwar hat die große Koalition binnen Jahresfrist um 2 Zähler zugelegt – etwa wegen der unterm Strich positiv bewerteten Pläne zur Unternehmenssteuerreform. Minuspunkte gab es dagegen vor allem für die auf den Weg gebrachte Gesundheitsreform.

**Benjamin Scharnagel, Jörg Mahlich, Alex Beck: Das D A CH-Reformbarometer – Reformpolitik in Deutschland, Österreich und der Schweiz, IW-Analysen Nr. 23, Köln 2006, 144 Seiten, 24,80 Euro. Bestellung über Fax: 0221 4981-445 oder unter: [www.divkoeln.de](http://www.divkoeln.de)**

Gesprächspartner im IW: **Dr. Benjamin Scharnagel, Telefon: 0221 4981-787**  
**Telefon zur Pressekonferenz in Berlin am 4. Dezember:**  
**0160 90742392**

## Drei-Länder-Vergleich

## Schweizer mit neuem Elan

**Österreich hat seine Top-Position im „D A CH-Reformbarometer“ verteidigt, obwohl die Regierung in Wien eine Reformpause in der Wirtschaftspolitik eingelegt hat. Ergebnis hat der Drei-Länder-Vergleich auch, dass die Schweizer 2006 nach dem verschenkten vergangenen Jahr einiges richtig gemacht haben, die große Koalition in Berlin sich hingegen zu oft selbst ein Bein stellt.\*)**

Wer in Deutschland, Österreich oder der Schweiz zu Hause ist, führt in der Regel ein vergleichsweise komfortables Leben. Doch der Wohlstand ist hier wie dort längst kein Selbstläufer mehr. Glo-

balisierung, wirtschaftlicher Strukturwandel und Alterung der Gesellschaft verlangen adäquate politische Reaktionen.

Welchem der drei Alpenanrainer dies besonders gut gelingt, untersuchen das

Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW), die Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) und Avenir Suisse, Thinktank der Schweizer Wirtschaft, seit September 2002 (vgl. iwd 46/2005). Die drei Denkfabriken klopfen für das „D A CH-Reformbarometer“ sämtliche politischen Umbaumaßnahmen in den Bereichen Arbeitsmarkt, soziale Sicherung sowie Steuern und Finanzen ab. Bewertet wird, inwiefern Regierungsbeschlüsse, Gesetzentwürfe, Änderungen während der parlamentarischen Beratung und verabschiedete Gesetze geeignet sind, die Rahmenbedingungen für Beschäftigung und Wirtschaftswachstum zu verbessern. Für die Schweiz werden außerdem Volksabstimmungen berücksichtigt.

Der Reformbedarf in den drei Ländern unterscheidet sich recht deutlich – ein Grund dafür ist die Ausgangslage (Grafik):

**Österreich lag 2005 beim Pro-Kopf-Einkommen sogar leicht vor der Schweiz – diese wiederum glänzt mit ihrer niedrigen Arbeitslosenquote und einem nahezu ausgeglichenen Staatshaushalt.**

Deutschland hingegen hinkt in puncto Wohlstand, Arbeitslosigkeit und Haushaltsdefizit hinterher. Lediglich die Steuern sind hierzulande im Verhältnis

zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) geringer als in den Alpenländern. Dafür greift der Staat via Sozialabgaben umso stärker auf die Einkommen der Bürger zu, was die Früchte ihrer Arbeit in gleicher Weise schmälert.

Zum anderen muss die Politik in den drei Ländern auch deshalb verschiedene Schwerpunkte setzen, weil sie mit jeweils spezifischen Problemen zu kämpfen hat. Deutschland bereitet beispielsweise die hohe Zahl von Langzeitarbeitslosen Bauchschmerzen, während in Österreich vor allem fehlende Konkurrenz im Gesundheitswesen ein Thema ist und in der Schweiz die Überregulierung des Binnenmarkts den Wettbewerb behindert.

In allen Ländern haben die Regierungen in den zurückliegenden vier Jahren zwar einiges unternommen, jedoch mit höchst unterschiedlichem Erfolg (Grafik Seite 5):

**Die beste Bilanz weist Österreich auf – die Wiener Bundesregierung verbuchte in diesem September 14,5 Reformbarometerpunkte mehr für sich als im Herbst 2002.**

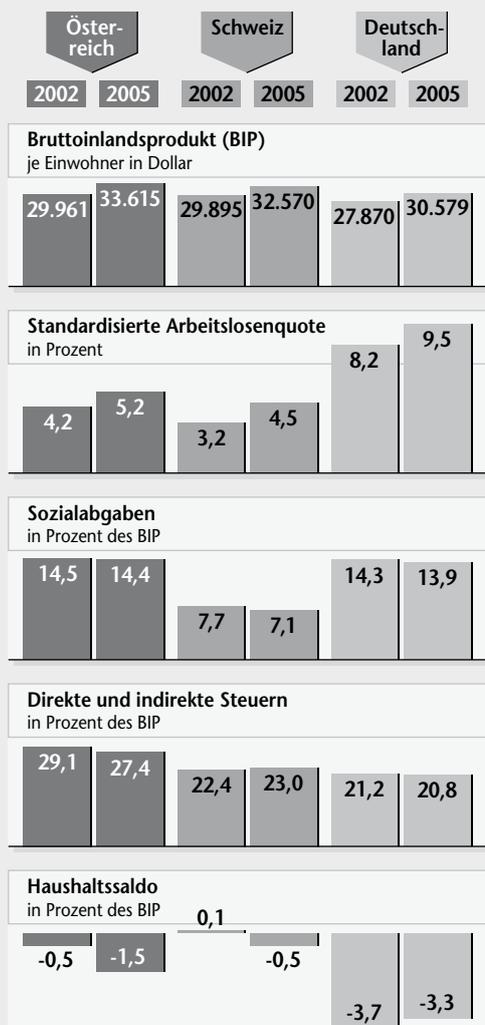
Zuletzt war die Ausbeute jedoch mager – das vergangene Jahr brachte gerade einmal 0,3 Reformpunkte.

Das Kabinett Merkel/Müntefering kommt auf mittelmäßige 109,2 Zähler. Aber immerhin hat die große Koalition binnen eines Jahres knapp 2 Punkte zugelegt.

Die Schweizer sind mit 103,4 Punkten zwar wie 2005 Schlusslicht im D A CH-Reformbarometer, bewiesen in den vergangenen zwölf Monaten aber mit einem Plus von knapp 3 Zählern den größten Modernisierungselan. Im Einzelnen:

**Österreich.** Zu den Erfolgen der Vergangenheit zählen etwa die Umwandlung des Abfindungsanspruchs bei Kündigungen in eine betriebliche Altersvorsorge, die Senkung der Körperschaftssteuer von 34 auf 25 Prozent und die Reform der Pensionsversicherung. Positive Im-

\*) Vgl. Benjamin Scharnagel, Jörg Mahlich, Alex Beck: Das D A CH-Reformbarometer – Reformpolitik in Deutschland, Österreich und der Schweiz, IW-Analysen Nr. 23, Köln 2006, 144 Seiten, 24,80 Euro. Bestellung über Fax: 0221 4981-445 oder unter: www.divkoeln.de

Drei-Länder-Vergleich:  
Deutschland bleibt zurück

Bruttoinlandsprodukt je Einwohner: um Kaufkraftunterschiede bereinigt; Standardisierte Arbeitslosenquote: nach Definition der Internationalen Arbeitsorganisation Erwerbslose in Prozent der zivilen Erwerbspersonen; Sozialabgaben: auf zentralstaatlicher Ebene, in der Schweiz ohne die obligatorischen Beiträge zur Krankenversicherung und zur betrieblichen Altersvorsorge  
Quellen: Europäische Kommission, IWF, OECD

pulse setzten zuletzt Steuervereinfachungen für kleine und mittelständische Unternehmen. Abzüge brachte indes der Anfang 2006 eingeführte, auf ein Jahr befristete Kombilohn für junge und ältere Langzeitarbeitslose, bei dem der Staat kleine Erwerbseinkommen aufstockt. In Österreich gibt es bereits großzügige Hinzuverdienstmöglichkeiten für Bezieher von Arbeitslosengeld und Notstandshilfe (vergleichbar der deutschen Sozialhilfe). Der Kombilohn ist somit lediglich eine neue Subvention.

**Schweiz.** Ein neues Ausländergesetz erleichtert es qualifizierten Arbeitskräften ohne Schweizer Pass, von Zürich bis Lugano erwerbstätig zu sein. Auch die Möglichkeiten, innerhalb der Schweiz beruflich mobil zu sein, haben sich durch eine „Revision“ des Binnenmarktgesetzes verbessert.

In der Sozialpolitik haben die Eidgenossen kein so glückliches Händchen gehabt. Anstatt stärker auf Ausgabenreduktion zu setzen, soll das hohe Defizit der Invalidenversicherung – sie zahlt Arbeitsunfähigen eine Rente – in erster Linie durch eine Erhöhung der Beitragsätze und der Mehrwertsteuer gedeckt werden. Bei der Alters- und Hinterlassenenversicherung gibt es einige gute Ansätze. So wird das gesetzliche Renteneintrittsalter von Frauen auf 65 Jahre angehoben. Der tatsächliche Renteneintritt wird zugleich durch versicherungsmathematisch korrekte Zu- und Abschläge flexibilisiert. Dem zuwider läuft aber der geplante Vorruhestand für Einkommensschwache.

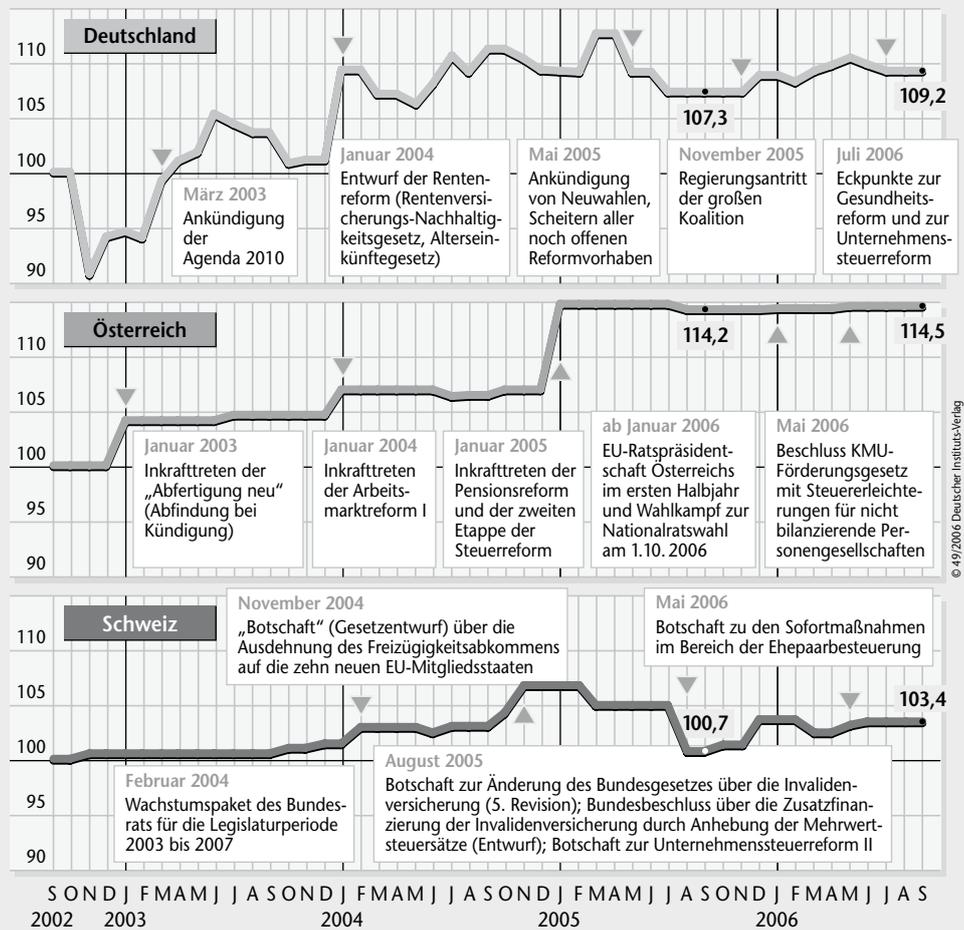
Die Schweizer Steuer- und Finanzpolitik verdient sich Anerkennung für die Ausgabenkonsolidierung des Bundes und zwei Unternehmenssteuerreformen. Zuletzt schlug der geplante Abbau der steuerlichen Schlechterstellung von Doppelverdiener-Ehepaaren positiv zu Buche.

**Deutschland.** Merkels Politik der kleinen Schritte bewirkte bislang nur Teilerfolge. Die Korrekturen von Hartz IV, wie schärfere Sanktionen und Job-Sofortangebote, werden Langzeitarbeitslose kaum schneller in Lohn und Brot bringen.

## DACH-Reformbarometer: Österreich macht Pause

Das DACH-Reformbarometer beurteilt, inwieweit politische Reformvorhaben in der Arbeitsmarktpolitik, der Sozialpolitik sowie der Steuer- und Finanzpolitik die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland, Österreich und der Schweiz verändert haben.

September 2002 = 100, Werte über 100: Verbesserung, Werte unter 100: Verschlechterung



Quellen: Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Wirtschaftskammer Österreich, Avenir Suisse

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Gute Noten erntete die Senkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung. Minuspunkte gab es für die Mehrwertsteuererhöhung, die überdies größtenteils dem Fiskus und nicht den Sozialkassen zugute kommt. Aus diesem Grund und dank der anziehenden Konjunktur wird der Bundeshaushalt 2007 wieder verfassungskonform sein, und der Euro-Stabilitätspakt bleibt bereits in diesem Jahr mit einem Budgetdefizit von weniger als 3 Prozent des BIP gewahrt.

Auf der Habenseite steht zudem die geplante Reform der Unternehmensbesteuerung, durch die sich die steuerliche Belastung einbehaltener Gewinne im Jahr 2008 auf unter 30 Prozent verringert. Das macht Deutschland für Investitionen deutlich attraktiver. Das Steuerpaket enthält aber auch einige dicke Wermutstropfen (vgl. iwD 48/2006).

In der Sozialpolitik liegen Licht und Schatten ebenfalls dicht beieinander. Das Anheben des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre, das zwischen 2012 und 2029 schrittweise erfolgt, geht in die richtige Richtung. Ein falsches Signal setzt hingegen der damit zusammenhängende Plan, Arbeitnehmern mit 45 Versicherungsjahren den abschlagsfreien Rückzug aufs Altenteil zu gewähren.

Als kompletter Fehlschlag droht die Gesundheitsreform zu enden. Der Gesundheitsfonds stellt weder die Finanzierung der Krankenkassen auf sichere Beine, noch verringert er die Beiträge. Zudem bleibt die Finanzierung der Krankenversicherung an das Arbeitsverhältnis gekoppelt, so dass steigende Beiträge die Arbeitskosten erhöhen. Und statt mehr Wettbewerb im Gesundheitswesen wird es mehr Bürokratie geben.